



„Mach‘ das Kind weg, sonst passiert was!“



Derzeit läuft in Wiesbaden ein Prozess, der in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet. Vor gut einem Jahr, [am 5. Februar 2013](#), wurde die schwangere Deutsche „Jolin S.“ vor ihrer Hauseingangstür erstochen. [Dringend tatverdächtig](#) ist ihr Ex-Freund, ein 23 Jahre alter, afghanischstämmiger Student namens „Isa Sh.“. Die 22-Jährige war im dritten Monat schwanger, Isa Sh. ist der Erzeuger des Kindes. Das Urteil steht noch aus, aber die Beweislage spricht sehr stark gegen den Studenten.

Er hatte mehrfach von Jolin S. verlangt, das Kind abzutreiben, da er seiner Familie nicht erklären wollte (konnte?), eine nicht-muslimische Freundin gehabt zu haben und zusätzlich auch noch ein Kind mit ihr gezeugt zu haben, das am Ende womöglich christlich erzogen wird. Seine Befürchtung war, dass seine Familie ihn deswegen verstößt.

Mit fortschreitender Schwangerschaft wurden seine Abtreibungsforderungen immer gewalttätiger und es fielen Äußerungen wie „Mach‘ das Kind weg!“. Der [Wiesbadener Kurier](#) schreibt:

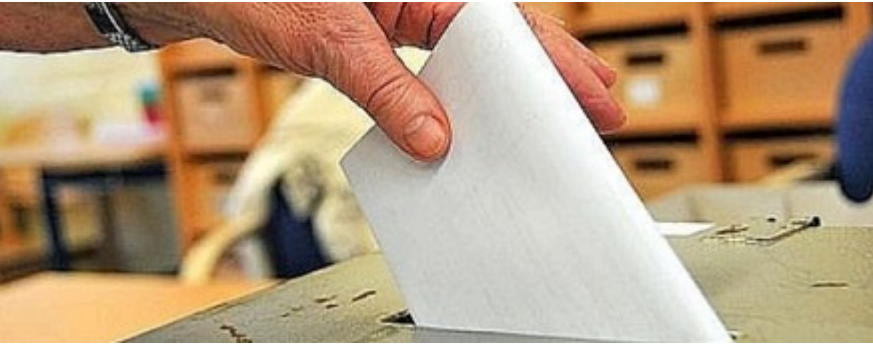
[...] Isa Sh. kommentierte Jolins Weigerung zur Abtreibung in einer Nachricht so: „Habe echt dickes Problem.“ Menschenverachtend sind die Sprüche, mit denen er dieses Problem diskutierte. Wie die Drohungen ausgesehen haben, listet die Anklageschrift mit Beispielen auf: Er werde ihr das Baby aus dem Bauch treten, soll Isa Sh. gedroht haben. Wenn Jolin nicht abtreibe, werde sie den Afghanen in ihm kennenlernen. Das in Jolins Körper heranwachsende Leben habe er als „Fleischklops“ bezeichnet.: „Mach den weg, sonst passiert etwas“, soll der Student gedroht haben. [...]

Isa Sh. bestreitet die Tat, jedoch gibt es einen Mitgefangenen aus der Untersuchungshaft, der ihn vor Gericht belastet. Ihm habe Isa Sh. den Mord gestanden.

Ob Isa Sh. nun der Täter ist, muss sich jeder selbst fragen. Ein Gerichtsurteil steht noch aus. [Der nächste Prozesstag](#) ist am 10. März...

» Serap Cileli [zum Ehrenmord an Jolin](#)

Duisburg: Wahlfälschung-Prozess gegen Türken



Seit Mittwoch müssen sich vier Türken vor dem Amtsgericht Duisburg wegen Wahlfälschung verantworten. Sie wollten bei den Wahlen zum Integrationsrat am 7. Februar 2010 das Ergebnis zu Gunsten des von ihnen bevorzugten Kandidaten wohl etwas verbessern.

Ein Integrations- oder Ausländerbeirat besteht aus verschiedenen Gremien, die auf Gemeindeebene die Interessen der Migranten vertreten sollen. Wahlberechtigt sind nur Migranten. Diese im Grunde demokratiepolitisch äußerst fragwürdige Gesetzeslage sollte ursprünglich der Integration dienen, führt aber wohl eher zur Bildung von Parallelgesellschaften, wo man es dann offenbar auch nicht mehr ganz so genau mit den hier geltenden Vorschriften für Wahlen nimmt.

Die [taz berichtet](#):

Im Mai dieses Jahres wird – gemeinsam mit der Europa- und der Kommunalwahl – auch der Integrationsrat der Stadt Duisburg gewählt. Doch noch beschäftigen die letzten Wahlen, die im Februar 2010 stattfanden, die Strafjustiz.

Wegen Wahlfälschung müssen sich seit gestern vier türkische Männer und eine deutsche Frau vor dem Amtsgericht Stadtmitte verantworten. Die 41 bis 47 Jahre alten Angeklagten sollen in insgesamt 27 Fällen Briefwahlen gefälscht haben.

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass einige der Angeklagten in den Wochen vor der Wahl durch Überredungskünste an Benachrichtigungsscheine von Wahlberechtigten kamen. Mitangeklagte sollen dann Vollmachten

gefälscht haben, so an die Wahlunterlagen gelangt sein und ohne Wissen der eigentlichen Adressaten in ihrem Sinne abgestimmt haben. Einer der Angeklagten war zur Tatzeit Kandidat der Müslüm Türkler Birgili (MTB), schaffte den Sprung in den Integrationsbeirat aber nicht, weil sein Listenplatz um wenige Positionen zu weit hinten lag. Die MTB ging mit 28,4 Prozent und fünf Mandaten allerdings als stärkste Gruppierung aus den Wahlen hervor.

Verfahren könnte gegen Bußgeldzahlung eingestellt werden

Bereits im April 2013 hatte das Amtsgericht vergeblich versucht, die Sache strafrechtlich zu klären. Damals war die Absicht, die Anklagen gegen Zahlung von Geldbußen einzustellen, am Widerstand der Staatsanwaltschaft gescheitert. Gestern wurde der Prozess nach der Verlesung der Anklageschrift erneut unterbrochen. Außerhalb der Öffentlichkeit erörterten die Juristen die Sach- und Rechtslage.

Als Resultat verkündete das Schöffengericht die Absicht, die Verfahren gegen Zahlung von Geldbußen zwischen 500 und 2000 Euro beziehungsweise bis zu 200 Stunden gemeinnützige Arbeit einstellen zu wollen. Angesichts des langen zeitlichen Abstandes zur Tat kämen selbst im Falle einer Schuldfeststellung nur geringe Strafen heraus. Bis zum kommenden Mittwoch dürfen die Beteiligten nun über diesen Vorschlag nachdenken. Stimmt eine Seite nicht zu, so steht den Beteiligten eine lange Beweisaufnahme mit insgesamt 32 Zeugen bevor. Zwei weitere Prozesstermine sind für diesen Fall vorgesehen.

Bei den Wahlen zum Integrationsrat am 7. Februar 2010 waren insgesamt 60.516 Personen stimmberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 20,3 Prozent. Knapp die Hälfte der Stimmen war per Briefwahl erfolgt.

Ein [ähnlicher Fall](#) ist derzeit bei der Staatsanwaltschaft

Hagen anhängig. Hier wirft das nordrhein-westfälische Innenministerium der Partei PRO NRW Urkunden- und Wahlfälschung vor. Im Sauerland soll im Zusammenhang mit dem Antritt der Partei zu den Europawahlen eine Unterstützungsunterschrift aufgetaucht sein, die nicht korrekt sein soll. Der Wahlleiter rief die Person an, die die Unterschrift geleistet hatte, und diese konnte sich angeblich nicht mehr daran erinnern. Dieser Einzelfall wird nun als skandalöse Verfehlung bundesweit ausgeschlachtet, wobei die Unschuldsvermutung selbstredend außer Kraft gesetzt wird.

Einer der Angeklagten in der Duisburger Wahlfälschungsaffäre, Türkler Birgili, wird voraussichtlich mit einer Geldbuße oder ein paar Stunden Sozialarbeit davonkommen, weil ein zeitlich langer Abstand zur Tat vorliegt. Dafür hat sich das tolerante Schöffengericht systemgetreu ausgesprochen.

Im Fall von PRO NRW bleibt nur zu hoffen, dass den Beschuldigten dieses Mal bis zur Klärung der Angelegenheit keine Isolationshaft verordnet wird, wie es seinerzeit im Fall des PRO-NRW- Oppositionspolitikers Jörg Uckermann ([PI berichtete](#)) der Fall war.

Vor dem Gesetz sind wir alle gleich – die einen allerdings etwas gleicher als die anderen!

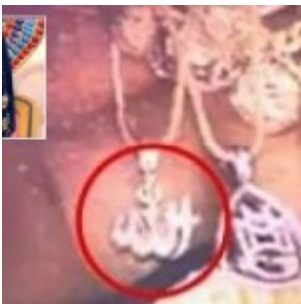
Hillgruber: Wo bleibt die Freiheit der anderen?

[...] Es ist das gute Recht Homosexueller, ihre Homosexualität zu leben. Aber sie können nicht verlangen, dass auch alle anderen ihre Lebensweise für ein gutes Leben halten und positiv bewerten oder sich andernfalls einer Bewertung

gänzlich enthalten. Nein, sie müssen sich, wie jeder andere, auch gefallen lassen, dass ihr Lebensstil von anderen anders, auch negativ moralisch bewertet wird. Dies hindert sie ja nicht an ihrer Freiheitsausübung und tastet, sofern die negative Bewertung nicht den Charakter einer persönlichen Beleidigung annimmt, auch nicht ihre Menschenwürde an. Umgekehrt müssen es die Gegner der Homosexualität hinnehmen, für ihre Haltung – auch scharf – kritisiert zu werden. Das ist Teil des geistigen Meinungskampfes mit der wechselseitigen Zumutung konträrer Ansichten.

Grundrechtsschutz, so heißt es allenthalben, ist Minderheitenschutz. Doch wer schutzbedürftige Minderheit ist, steht nicht ein für alle Mal fest, sondern wandelt sich mit der Entwicklung einer Gesellschaft. In den westlichen Gesellschaften sind es mittlerweile schon weniger die Homosexuellen als vielmehr diejenigen, die Homosexualität für moralisch fragwürdig und homosexuelle Praxis für anstößig halten, deren Freiheit, anders zu denken und in Übereinstimmung mit ihrer inneren Überzeugung zu leben, gefährdet erscheint. Doch ihre Freiheit verdient nicht weniger Respekt und Schutz. (*Schlussabsätze eines [Gastbeitrags von Professor Dr. Christian Hillgruber](#), Universität Bonn, in der FAZ vom 20.2.14 – gut versteckt im Ressort Recht*)

» Kontakt: lshillgruber@jura.uni-bonn.de



„Blasphemie“: Allah-Kette in Musikvideo entfernt



Wenn Muslime nicht gerade etwas fordern, gefallen sie sich im Beleidigt-Sein. Diesmal traf ihr Zorn die US-Sängerin Katy Perry wegen ihres jüngsten Videoclips auf Youtube zu ihrer Produktion „Dark Horse“. Perry spielt in dem Clip eine Pharaonin, die diejenigen Männer in Staub verwandeln kann, die ihr nicht genehm sind. Einer der Männer, die um ihre Hand anhalten, trägt eine Kette mit der Aufschrift „Allah“ (Foto oben rot umkreist). Perry weist auch diesen Mann ab und verwandelt ihn in Staub. Das wollte ein Moslem in Großbritannien nicht widerstandslos hinnehmen.

Der [FOCUS](#) schreibt:

Ein „Muslim aus Großbritannien“ habe nun den Videokanal YouTube aufgefordert, das aus seiner Sicht blasphemische Video zu löschen, schreibt die britische Boulevardzeitung „Daily Mail“. Für dieses Ansinnen hatte er bis Mittwochvormittag 52.000 Mitstreiter im Zuge einer Online-Petition gefunden.

„In diesem Video wird ganz klar Blasphemie vermittelt, weil Katy Perry, die als Gegnerin Gottes erscheint, einen Gläubigen verschlingt“, heißt es in der Petition.

Hier ist das unveränderte Video zu sehen, die besagte Sequenz mit dem Allah-Kettchen beginnt bei Minute 1.15:

[Youtube spurte umgehend](#) und löschte den für das bloße Auge ohnehin kaum sichtbaren Bildbereich innerhalb der marginalen Sequenz.



Petitions-Gründer Shazad Iqbal aus Großbritannien freut sich nun. Auf YouTube schreibt er: „Leute, ich bin begeistert, euch mitzuteilen, dass der Name Allahs aus dem Video „Dark Horse“ entfernt wurde. Wir hätten das ohne die Hilfe aller nicht geschafft, also danke ich jedem einzelnen von euch, unsere Stimmen wurden gehört!“

So hat der Islam hier über die künstlerische Freiheit gesiegt. Ein für uns sehr wichtiges und unantastbares Gut ist wieder ein Stück weit geopfert worden, am Altar der Islamisierung.



Würzburger Schulen für „Rassismus freie Stadt“



„Deutsche sind

Nichtmigranten, mehr nicht“, „Stadt X gegen Nazis“ oder „Jeder Migrant ist eine Bereicherung, Kriminalität müssen wir aushalten“ – der gutmenschlichen Slogans für linksgrüne Weltanschauungen gibt es unzählige. Die Kaderschmieden für Selbsthass und Werteverleugnung nennen sich heute „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage!“. Nach dem Adelsprädikat „Rassismusfreie Stadt“ [giert jetzt auch Würzburg](#) – also die Stadt, die ganz gerne mal den gesamten Citybereich [mit türkischen Fahnen](#) beflaggt.

(Von Verena B., Bonn)

Für das Projekt sind natürlich die sozialistischen Umerziehungsschulen besonders gefordert. Bereits neun Würzburger Schulen tragen die Auszeichnung [„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“](#), drei weitere Schulen bewerben sich derzeit um diesen ehrenwerten Titel. Jetzt trafen sich Schüler aller zwölf Einrichtungen, um in der Jugendbildungsstätte Unterfranken gemeinsam über den Ist-Zustand des Projekts, aber auch ihre Visionen für die Zukunft zu sprechen.

Dieses größte überflüssige Schulnetzwerk der herrschenden Klasse – ein ehemaliges Opfer [berichtete auf PI](#) – treibt

manche toleranzgestressten und besorgten Eltern still und heimlich in den Wahnsinn, da sich ihnen zwangsläufig die berechnete Frage stellt: Was lernen unsere Kinder und Jugendlichen in der Schule eigentlich noch, welche Kenntnisse werden ihnen vermittelt, die ihnen für den beruflichen Weg nützlich sind? Und welche deutsche Leitkultur wird ihnen nahegebracht, die sie später einmal zu zufriedenen Menschen und glücklichen Eltern macht?

Statt Deutsch, Mathematik und Geschichte zu lernen, veranstalten wir jetzt interkulturelle und interreligiöse Projektstage, Workshops und „Zivilcourage“-Aktionen, plappern über einen Schulalltag ohne Rassismus und Diskriminierung, betreiben „Deeskalation“ und wollen neben Ethik und Religion auch über „andere“ Religionen unterrichtet werden. Wir erfahren lebenswichtige Dinge über „Homophobie im Hip-Hop“, „Homosexualität in der DDR“, „Aufwachsen mit gleichgeschlechtlichen Eltern“, „Homosexualität in der Schule“, „Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich“ oder lernen auch, ganz aktuell am Gymnasium in Höxter, „Neue Strategien im Umgang mit Asylsuchenden.“ Nach Verinnerlichung dieser wichtigen ~~Ideologien~~ Lerninhalte dürfte also einer späteren Karriere als Arzt, Rechtsanwalt oder Ingenieur nichts mehr im Wege stehen!

Im Mittelpunkt der schulischen Maßnahmen steht aber natürlich der Kampf gegen Rechts, gegen Islamophobie und gegen Andersdenkende. Sehr beschäftigt ist man mit dem Feiern von Gedenktagen für die NSU-Opfer und der Vorbereitung und Durchführung von Demonstrationen gegen „Rechts“ und für die Gleichheit aller Menschen, seien es nun Homosexuelle und Transen, Kriminelle, Sozialbetrüger, inaktive Gotteskrieger oder linke Autonome.

Wir lernen das Abtöten der kritischen Beurteilung und das Ignorieren von Fakten. Wir erlernen die Fähigkeit, das Hirn auszuschalten und werden zu kollektivem, antifaschistischem Protestgebrüll erzogen. Wir verfallen in intellektuelle

Lethargie und werden Opfer der Verblödung.

Den Schulen verordnet werden so genannte Paten aus linken Kreisen, so auch Sebastian Edathy (SPD). Nachdem dieser, obwohl er doch die kleinen, nackten Jungen so gerne anschaut, als Schulpate des Gymnasiums Adolfinum in Bückeberg [inzwischen unerwünscht ist](#), könnte Arif Ünal (Grüne) seine Nachfolge antreten. Wir erinnern uns: Der türkischstämmige Sprecher für Integrationspolitik, Gesundheitspolitik und interreligiösen Dialog [setzte im Juni 2010](#) den im NRW-Landtag einstimmig beschlossenen Antrag durch, die Eidesformel „Zum Wohle des deutschen Volkes“ gänzlich abzuschaffen. Dies dürfte ganz im Sinne der ~~Hirn~~-freien Rassismus freien Schulen in Würzburg sein, denen die Abschaffung Deutschlands so sehr am Herzen liegt.

Immer mehr Klaukinder in Berlin – Polizei ratlos



In der arm-aber-sexy Hauptstadt Berlin fingern rumänische Mädels den Passanten an den Hosen herum. Die [Berliner Morgenpost](#) berichtet, dass sich die Zahl der Taschendiebstähle innerhalb der letzten fünf Jahre verdoppelt hat. Die Polizei sei ratlos, weil immer mehr

Minderjährige den Passanten in die Taschen greifen. Sogar Schwangere werden von der Zigeuner-Mafia zum Klauen auf die Rolltreppen geschickt:

Am Bahnhof Friedrichstraße auf der Rolltreppe drängten sich die Mädchen an einen ahnungslosen Reisenden. Eine der 14-Jährigen griff blitzschnell in die Gesäßtasche seiner Hose, die anderen beiden Mädchen verdeckten sie dabei. Trotzdem wurden sie von Zivilfahndern der Bundespolizei beobachtet. Ergebnis der weiteren Ermittlungen in der vergangenen Woche: Die 13-Jährige ist schwanger, die 14-Jährigen wegen Diebstahls bekannt. Alle drei stammen aus Rumänien. Das schwangere Mädchen war beim Kindernotdienst vermisst gemeldet. Sie wurde dort den Sozialarbeitern übergeben, die beiden 14-Jährigen brachte die Polizei zum Jugendnotdienst und leitete ein Verfahren ein.

Kindernotdienst, Jugendnotdienst – wahrscheinlich auch wieder so ein Steuergeld-Grab...

Gerade die strafunmündigen Kinder machen die Polizei ratlos. „Unsere einzige Möglichkeit ist, sie zum Kindernotdienst zu bringen“, sagt Birgit Spier, Kommissariatsleiterin beim Landeskriminalamt 711, stadtweit zuständig für Taschendiebstahl. Wenn Fahnder Kinder aufgreifen, nehmen sie sie erst mit auf die Dienststelle. Da beginnen die Schwierigkeiten. Die Kinder hätten nie Ausweispapiere bei sich, sagt Spier. Zur Verständigung müsse erst einmal ein Dolmetscher bestellt werden. „Unser Ansinnen ist es eigentlich immer, die Eltern ausfindig zu machen“, sagt Spier. Doch gerade bei den rumänischen Kinder seien in Berlin oft keine Erziehungsberechtigten zu finden, viele Kinder würden nicht einmal sagen, wo sie wohnen. „Unser Verdacht ist, dass die Kinder organisiert zum Stehlen geschickt werden. Zwölfjährige kommen nicht allein auf die Idee.“ Doch über Hintermänner sei nichts zu erfahren. Manche Kinder seien sehr eingeschüchtert, andere auffallend frech. Und manche von

ihnen wüssten nicht einmal, wann und wo sie geboren wurden. „Das kann einem schon leid tun“, sagt Spier. Beim Kindernotdienst seien die Kinder „oft nach fünf Minuten wieder draußen“ – bis sie vielleicht das nächste Mal aufgegriffen würden. Dieser „Drehtüreffekt“ sei demotivierend, für Polizei wie Sozialarbeiter, sagt Spier.



Das muss die Polizei aushalten in der Bunten Republik. Der zuständigen Berliner Jugendsenatorin Sandra Scheeres (SPD) schweben bereits wirkungsvolle Anordnungen vor: „Natürlich wird versucht, die Kinder oder Jugendlichen über pädagogische oder soziale Maßnahmen zu erreichen.“

Stellt sich die Frage, ob diese Kinder überhaupt zur Schule gehen...

Bei Taschendieben handelt es sich laut Polizei oft um „reisende Täter“, die organisiert in Europa unterwegs sind. Internationale Polizeianfragen zu einzelnen Tätern etwa mittels Fingerabdrücken hätten manchmal Treffer in Frankreich oder Spanien zur Folge, sagt Spier.

Laut Polizeilicher Kriminalitätsstatistik in Berlin 2013 kamen über 40 Prozent der ermittelten Taschendiebe aus Rumänien und Bulgarien. Die Aufklärungsquote für Taschendiebstähle lag bei schlappen 3,6 Prozent. Bei 659 ermittelten Tatverdächtigen kommt man auf 236.581 nicht ermittelte Täter alleine in Berlin. In anderen Großstädten werden die Relationen nicht anders sein.



Deutsche Mädchen: Aus Liebe in den Dschihad



Junge Mädchen machen

Unsinn, verliebte junge Mädchen machen noch größeren Unsinn. Das war schon immer so und wird auch immer wieder gerne von jungen Männern ausgenutzt. In der Regel endet so etwas mit Enttäuschung, Liebeskummer und ein bisschen mehr Lebenserfahrung. Das gehört zum Erwachsenwerden dazu. Heute allerdings kann es schon passieren, dass die Absichten des „Traumannes“ andere sind, als manche Mädchen denken und die junge Liebe womöglich mit dem Tod endet.

Die WELT berichtet:

Als Sonja (Name geändert, d. Red.) verschwand, waren gerade Herbstferien in Baden-Württemberg. Die 16-jährige Gymnasiastin, Tochter eines Algeriers und einer Deutschen,

verließ das Elternhaus in Konstanz am Bodensee, und kehrte nicht mehr zurück.

Sonjas Eltern alarmierten die Polizei. Sie fürchteten Schreckliches. War ihre Tochter entführt worden? Wurde sie womöglich das Opfer eines Verbrechens? Weder noch: Die Schülerin hatte Konstanz verlassen, um ihren Traum zu verwirklichen: Sonja wollte die Ehefrau eines islamistischen Gotteskriegers werden.

Die junge Muslimin hatte ihre Tasche gepackt und war nach Stuttgart gefahren. Am Flughafen legte sie eine gefälschte Vollmacht der Eltern vor, die es der Minderjährigen vermeintlich erlaubte, alleine zu reisen. Dann stieg sie in ein Flugzeug, das sie in die Türkei brachte. Von dort führte Sonjas Weg wohl nach Syrien.

Der Traum: Witwe eines Märtyrers sein

Raus aus dem Gymnasium, hinein in den Dschihad gegen das Regime von Baschar al-Assad: Über Facebook stand die Teenagerin in Kontakt mit deutschen Islamisten in Syrien. Deren Propaganda radikalisierte sie offenbar so sehr, dass sie beschloss, in das Kriegsgebiet auszuwandern. Zurück bleiben nun ratlose Eltern, die um das Leben ihrer Tochter fürchten.

Der Fall der 16-Jährigen aus Konstanz bestätigt einen Trend, den Sicherheitsbehörden aktuell beobachten. Immer häufiger reisen muslimische Frauen und Mädchen aus Deutschland nach Syrien, beseelt von dem Wunsch, in den „Heiligen Krieg“ zu ziehen, einen Dschihadisten zu heiraten und die Witwe eines Märtyrers zu werden.

[...]

„Dschihad-Ehen“, nennt der Verfassungsschutz die daraus resultierenden Verbindungen. „Wir sehen, dass sogar über Facebook Ehen geschlossen werden“, sagt ein Analyst des

Inlandsgeheimdienstes. Ein Phänomen, das Sicherheitsbehörden Sorge bereitet. Womöglich steckt dahinter eine gezielte Strategie von islamistischen Terrorgruppen: Frauen mit deutschem Pass heiraten einen Dschihadisten, der bislang keinen Bezug zur Bundesrepublik hatte. „Die Frau kehrt dann vielleicht schwanger zurück. Irgendwann gibt es dann eine Familienzusammenführung“, warnt ein Vertreter der Sicherheitsbehörden. „Dann darf der Ehemann, ein kampferprobter Dschihadist, nach Deutschland einreisen.“

[Hier weiterlesen...](#)



Video: Bernd Lucke verlässt Friedman-Sendung

Vor einer Woche haben wir [darüber berichtet](#), dass AfD-Chef Bernd Lucke den N24-Talk „Studio Friedman“ verlassen hat, nachdem Moderator Friedman ihn wiederholt nicht ausreden ließ und ständig die Rechtspopulismus- und Rassismuskeule gegen die AfD schwang. Gestern wurde die Sendung nun im Fernsehen gezeigt und jeder kann sich selbst ein Bild davon machen, ob die Reaktion von Lucke gerechtfertigt oder überzogen war. Aus unserer Sicht hat er das einzig richtige getan und diese unsägliche Farce beendet. Bei 10:48 min kann man also getrost abschalten. Es sollte allerdings so vielen Zuschauern wie

möglich gezeigt werden, denn hier wird von Friedman selbst überdeutlich gezeigt, wie die Medien mit ungeliebten Gästen umgehen.

Polnischer EU-Bonze nennt unseren Zoll Nazis



Der Vize-Präsident des EU-Parlaments, Jacek Protasiewicz (46, Foto), drehte bei der Einreise im Alkoholrausch durch, legte sich mit Zollbeamten an und brüllte „Heil Hitler“. 20.15 Uhr: Protasiewicz landet auf Rhein-Main. Passagiere bemerken, dass der EU-Vizepräsident lallt und schwankt. Der Pole (seit 2012 EU-Vize, Christdemokrat) entwendet einem Mann den Gepäckwagen, sprintet damit zum Ausgang. Durch den Tumult werden Zollbeamte aufmerksam: Sie stoppen Protasiewicz, bitten um seinen Ausweis.

Unglaublich, was dann passiert: Der Politiker flippt völlig aus, beschimpft die Beamten als „Hitler“, „Nazi“. Er brüllt „Heil Hitler“, krakeelt: „Wart Ihr jemals in Auschwitz?“ Ein Augenzeuge: „Der Mann schien sehr stark alkoholisiert zu sein. Auf Englisch rief er, dass er ‚aus der EU‘ komme.“ Die Polizei wird alarmiert! Protasiewicz soll mit aufs Revier kommen. Doch

er weigert sich aufzustehen, schleudert sein Gepäck auf die Abfertigungsbank.

Ein Augenzeuge: Die Polizisten haben nicht lange gefackelt: Sie haben ihm Handschellen angelegt und ihn mitgenommen.“ Aufgrund seines Status (Immunität als Parlamentarier) droht dem Politiker (wohl) keine Strafe. Auch ist unklar, ob Zoll-Chef Albrecht Vieth als oberster Dienstherr den Mut hat, Strafanzeige gegen den Diplomaten zu stellen. (Kompiliert [aus BILD!](#) So sind sie, die EU-Bonzen! Und die Freundschaft, die die EU ausströmt! Natürlich sagte der Besoffene, was er wirklich denkt!)

Mannheim: drei Kinder verbrannt, weil Zigeuner ihren Strom klauen



Bei einem

Wohnungsbrand in Mannheim sind in der Nacht zum Donnerstag drei Kinder ums Leben gekommen. Sie stammen aus einer bulgarischen Zigeunerfamilie. Die alleinerziehende Mutter war während des Brandes offenbar nicht zu Hause. Die ganze

Immobilie ist von hochqualifizierten osteuropäischen „Fachkräften“ bewohnt. Der SWR schwadroniert [von einem defekten Küchenkabel](#), dabei verlegen die Fachkräfte in solchen Häusern ihre Kabel überall selbst, unter anderem um den Stromzähler zu umgehen (siehe Foto), und die Behörden im rot regierten Mannheim wissen genau Bescheid und dulden den Stromklau zu Lasten ehrlicher Kunden. Genau daran sind diese Kinder gestorben!